

BEM

Birlik Enformasyon Merkezi
Unity Information Center
Centre D'Information
Pressezentrale Einheit

Moltkestr. 45, 4100 Duisburg 1, Telefon: 0203/340395, Telefax: 0203/339229

16. Oktober 1989

ERKLAERUNG VON MEHMET KARACA,
DEM STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER
DER VEREINIGTEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI
ÜBER DIE JÜNGSTE RÜCKKEHR DER MITGLIEDER DER PARTEI
VOM EXIL IN DIE HEIMAT

Mehmet Karaca, Stellvertretender Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP), hat gegenüber BEM die folgende Erklärung abgegeben:

" Ich möchte allen Demokraten, allen Persönlichkeiten und Organisationen für Menschenrechte den tiefen Dank unserer Partei aussprechen. Dank unserer gemeinsamen Anstrengungen konnten wir verhindern, dass die am 22. September 1989 zurückgekehrten Mitgliedern und ZK-Mitgliedern unserer Partei in der Türkei nicht gefoltert wurden. Das ist eine gemeinsame Errungenschaft aller Menschen, die für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei gearbeitet haben und arbeiten.

" Unsere Freunde mit unterschiedlichen Weltanschauungen und aus verschiedenen politischen Strömungen, die sich seit der Rückkehr von Nihat Sargin, Vorsitzender unserer Partei, und Haydar Kutlu, Generalsekretär unserer Partei, mit uns solidarisieren, haben die Rückkehr der weiteren führenden Politiker unserer Partei sowie der politischen Flüchtlinge unterstützt und alles unternommen, die Misshandlung der Rückkehrer zu verhindern. Wir freuen uns sehr, dass wir für diese edle Tätigkeit neue Unterstützer gewonnen haben. Doch das ist kein Verdienst unserer Partei, denn die Menschenrechte sind universell, und heute, wo unser Planet so klein und zerbrechlich geworden ist, bedeutet die Erhaltung der Menschenwürde, wo auch immer, zugleich die Erhaltung der Menschheit.

"Es ist offensichtlich, dass wir uns mit der Verhinderung der Folterungen nicht zufrieden geben werden. Sargin und Kutlu, die neuen Rückkehrer, die drei führenden Politiker der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSİP), die auch im September 1989 zurückgekehrt und verhaftet worden sind, sowie zahlreiche Menschen, sogar Schüler sind Opfer der Gesinnungsparagraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches. Deshalb müssen sie alle freigelassen und freigesprochen werden. Jetzt richtet sich unser Kampf mehr und mehr für die Freilassung dieser Menschen und für die Abschaffung der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, die die Gedankenfreiheit und die Taetigkeit der Kommunisten in der Türkei verbieten.

"Manchmal verweist man uns die Erklärungen von Turgut Özal, des Ministerpraesidenten der Türkei, dass die Türkei eine gewisse Zeit brauche, um diese Paragraphen abzuschaffen. Wir können das nicht akzeptieren. Nicht weil wir ungeduldig sind, sondern weil das mit unseren Vorstellungen über die Demokratie nicht übereinstimmt. Alle Entwicklungen innerhalb des Landes zeigen, dass man so schnell wie möglich handeln muss.

"Die jüngste Rückkehr der TBKP Mitglieder hat es verdeutlicht, dass heute in der Türkei innerhalb des Staates zwei Hierarchien koexistieren. Die eine ist legal, besitzt Namen, die andere ist illegal und besitzt keinen Namen. Die Behandlung der Rückkehrer in Istanbul und Ankara beweisen das ganz klar. Die Rückkehrer wurden in Istanbul sofort vors Gericht gestellt. In Ankara dauerte es 11 Tage, bis zwei von ihnen, Ahmet Kardam und Şeref Yıldız vors Gericht gestellt wurden. In Istanbul wurden zwei Menschen freigelassen, die sich als Mitglieder der TBKP vorgestellt haben. In Istanbul wurde das Rundschreiben des Justizministers angewandt, in Ankara nicht.

"Das ist besonders in der heutigen Etappe gefaehrlich, weil die Türkei sich vor der Wahl des Staatspraesidenten befindet. Die Regierungspartei ANAP und die oppositionellen politischen Parteien SHP und DYP, die im Parlament vertreten sind, konnten bis jetzt keinen Konsensus erreichen, wer wie zum Staatspraesidenten gewaehlt wird. Der Alleingang der Regierungspartei ist möglich. Doch ANAP konnte bei den letzten Kommunalwahlen nur 21,7% der Waehlerstimmen gewinnen, und die 2/3 Mehrheit im Parlament beruht sich auf ein antidemokratisches Wahlgesetz. Deshalb kann der Alleingang von ANAP der Türkei keine Stabilitaet bringen. Mehr noch die politische Instabilitaet wird eine neue Dimension erhalten.

Die jüngste Erklärung des Generalstabs nach der Verbreitung von Gerüchten eines militärischen Putsches, dass die Armee der Demokratie treu sei, hat noch einmal gezeigt, dass die Armee in der Türkei doch noch zu sagen hat, und das fundamentalste Prinzip einer demokratischen Gesellschaft, dass das Parlament das höchste Organ sein soll, noch keinen festen Fuss gefasst hat.

"Die TBKP hat mehrmals unterstrichen, dass ihr Kampf für die Legalität ein Brennpunkt im Prozess der Demokratisierung der Türkei ist. Bis jetzt haben die illegalen Machtzentren der Türkei das Verbot der freien Tätigkeit der Kommunisten immer ausgenutzt, um alle demokratischen Kräfte im Lande zu terrorisieren, deren Anschauungen ihnen nicht passen. Und in den Perioden, wo sie ihre Machtinteressen in Gefahr sehen, haben sie den Demokratisierungsprozess unterbrochen und die Paragraphen 141 und 142 gegen Tausende von Menschen angewandt. Deshalb wird die Stärkung der Bewegung für die Abschaffung der Gesinnungsparagraphen in der Türkei, die Freilassung der Gesinnungsverfolgten und die Abschaffung dieser Paragraphen ein entscheidender Wendepunkt für Demokratie in der Türkei sein.

"Die TBKP verteidigt den Pluralismus in der Türkei nicht wie die regierenden Kreise unseres Landes. Wir sind für den tatsächlichen Pluralismus. In ihrem Programm sieht die TBKP eine solche sozialistische Türkei vor, wo alle verfassungsmaessigen Parteien unter der Bedingung der Achtung der demokratischen Regeln alle Rechte im Rahmen eines politischen Mehrparteiensystems wahrnehmen können, auch wenn sie sich nicht die Ideen des Sozialismus zu eigen machen. Dieser Standpunkt von uns /^{ist} eine klare Antwort auf die totalitärischen Staatsdoktrin innerhalb der Türkei.

"Aus all diesen Gründen, werden wir in naechster Zukunft unseren Kampf für die Freilassung der Gesinnungsverfolgten und für die Abschaffung der Gesinnungsparagraphen intensivieren. Wir sind sicher, dass in diesem Kampf die Vertreter der Menschenrechte und Demokratie in Europa und in der Welt mit uns sein werden.

"Wir sind entschlossen, diesen Kampf um Demokratie nicht aufzugeben."